



Abgeordnetenbrief 07/2013

Rot-Grüne Steuerpolitik – Wie der Bürger zur Kasse gebeten werden soll

Mai 2013



Hessisches Ministerium der Finanzen · Postfach 3180 · 65021 Wiesbaden

An die
Abgeordneten der CDU-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

An die
Abgeordneten der FDP-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Wiesbaden, den 14. Mai 2013

Sehr geehrte Herren Fraktionsvorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

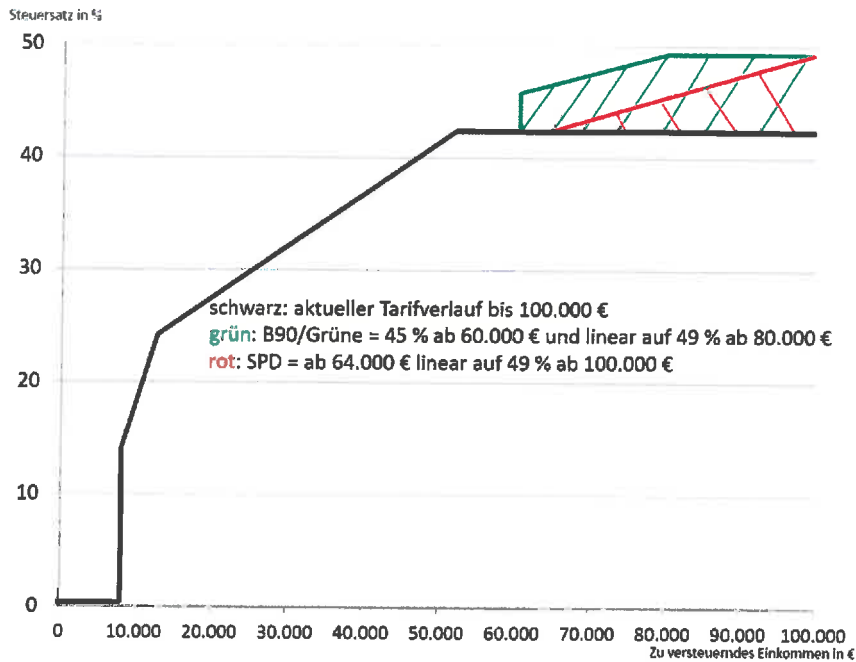
die Katze ist aus dem Sack – die Bundestagswahlprogramme von SPD und Grünen offenbaren die wahre Geisteshaltung dieser selbsternannten sozial Gerechten. Und dieser Geist dreht so weit auf links, dass offensichtlich selbst Parteimitglieder aus den eigenen Reihen das kalte Grausen bekommen. Eine kleine Kostprobe aus den Programmen der beiden: Einführung einer Vermögensabgabe und einer Vermögensteuer, Abschaffung des Ehegattensplittings, Anhebung der Erbschaftsteuer, des Spitzensteuersatzes und der Abgeltungsteuer, und so weiter und so weiter... Daneben dann noch gut verklausuliert die eigentlich autoritären Botschaften: im Winter darf es keine Erdbeeren mehr geben, Verkehr und Transport muss auf die Bahn und das Fahrrad (!) verlagert werden – pure Ideologie und Bevormundung

Ich will Ihnen weitere Passagen ersparen und mich lieber konkreten Beispielen im Bereich der Steuerpolitik widmen. Ich bin überzeugt, damit können Sie als Abgeordnete den Wählerinnen und Wählern am besten klarmachen, was ihnen mit Rot-Grün droht.

Spitzensteuersatz wird hochgeschraubt und greift schon bei Einkommen der Mittelschicht

Beginnen möchte ich mit der Anhebung der Steuersätze auf die Einkommensteuer. Statt wie bisher 42 Prozent ab einem zu versteuernden Einkommen von 52.882 Euro, soll nach den Vorstellungen der Grünen der Satz auf **45 Prozent** ab einem Einkommen von **60.000 Euro** steigen. Der so genannte Spitzensteuersatz von 45 Prozent ab einem Einkommen von 250.731 Euro soll auf **49 Prozent** ab einem Einkommen von nur **80.000 Euro** steigen. Damit zeigt Rot-Grün: die Mittelschicht gehört für sie schon zu den Spitzenverdienern. Die angebliche Entlastungswirkung, beispielsweise für Geringverdiener, ist mit 10 Euro monatlich überschaubar. Da Rot-Grün daneben bei der Mehrwertsteuer einige Ausnahmen streichen möchte, wird diese Entlastungswirkung sofort

wieder aufgefressen. Die Mehrbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger werden schon bei einem Jahreseinkommen von 60.000 Euro einsetzen.



Beispielsweise wird ein gut ausgebildeter Pharmareferent mit 6.500 Euro Bruttomonatseinkommen pro Jahr allein durch die Einkommensteuer 155 Euro mehr an den Staat zahlen müssen. Und diese Mehrbelastung steigert sich bei höheren Einkommen sehr schnell auf über 100 Euro pro Monat. Eine solche Politik führt zwangsläufig dazu, dass die leistungsbereite Mittelschicht, die ehrlichen Steuerzahler demotiviert werden, wenn von den Früchten ihres Erfolgs nichts übrig bleibt. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass man mit einer solchen Steuerpolitik die dringend benötigten Fachkräfte eher verschreckt als anlockt.

Beispiel 1: Steuerkonzept der Grünen

Beispiel für Beruf	monatliches Brutto	zu versteuerndes Einkommen	Jahressteuer bisher	Jahressteuer nach Konzept Grüne	Differenz
Pharmareferent	6.500	70.000	21.204	21.359	+ 155
Produktionsleiter	8.200	90.000	29.604	31.059	+ 1.455

Abschaffung des Ehegattensplittings trifft jede Familie

Noch viel schärfer schlägt die Abschaffung des Ehegattensplittings zu Buche. Dann ist den Eltern nämlich vollständig die Entscheidungsfreiheit genommen, wer wie viel arbeitet. Zurzeit senkt der Ehepartner mit dem geringeren Einkommen die Steuerlast des anderen Ehepartners mit höherem Einkommen ab. Es spielt also keine Rolle, wie weit beide Einkommen auseinander liegen. Die Eheleute sind flexibel in der Gestaltung von Arbeitszeit und Familienzeit. Mit dem Modell der Grünen lohnt es sich für den in Teilzeit arbeitenden Ehepartner eher, mehr zu arbeiten, da er oder sie die geringere Steuerlast trägt. Damit ruiniert man Familien, anstatt sie zu stärken. Wenn es für denjenigen, der in Teilzeit arbeitet, um Zeit für die Familie zu haben, den höheren Anreiz für mehr

Arbeit gibt, führen die finanziellen Erwägungen und oft auch Notwendigkeiten zu weniger Familienzeit und mehr Arbeitszeit.

Beispiel 2: Abschaffung des Ehegattensplittings

Zu versteuerndes Einkommen: 50.000 €	Steuerbelastung mit Ehegattensplitting	Steuerbelastung ohne Ehegattensplitting	Mehrbelastung
Ehepaar 1: Alleinvertienerehepaar	8.613 €	9.839 €	1.226 € pro Jahr 102,17 € pro Monat
Ehepaar 2: Einer verdient 40.000 €, der Ehepartner 10.000 €	8.613 €	9.553 €	940 € pro Jahr 78,33 € pro Monat

Höhere Abgeltungsteuer mit zusätzlichen Abgaben

Änderungen planen die rot-grünen Steuertreiber auch bei der Abgeltungsteuer. Wir hatten sie eingeführt, um ein einfaches System der Besteuerung im weltweiten Wettbewerb um Kapital zu etablieren. Wir haben damit die Besteuerung in Deutschland sichergestellt, nach dem Motto: „Besser 25 Prozent von X, als 45 Prozent von Nix“. Dass SPD und Grüne hier das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen, grenzt an Realitätsverweigerung. Und dann sollen nach ihren Plänen auch noch Krankenkassenbeiträge auf die Kapitalerträge erhoben werden. Wie die oft geforderte private Altersvorsorge funktionieren soll, wenn man die dafür notwendigen Erträge mit immer neuen Abgaben belegt, auf diese Frage bleibt Rot-Grün die Antwort schuldig.

Erbschaftsteuer wird zur Bedrohung der Familienbetriebe

Alte, aber dennoch unbequeme Hüte holen Grüne und SPD in puncto Erbschaftsteuer und Vermögensteuer aus der politischen Mottenkiste. Bei der Erbschaftsteuer strebt Rot-Grün ganz allgemein eine breite Bemessungsgrundlage und niedrigere Freibeträge an – also höhere Belastungen. Dass das auch Unternehmen beim Generationenübergang das (Über-)Leben sehr schwer machen kann, ist ihnen egal.

Vermögensabgabe und Vermögensteuer gefährden hunderttausende Arbeitsplätze

Neben einer dauerhaften Vermögensteuer schlagen die Grünen auch noch eine zeitlich befristete Vermögensabgabe vor. Und die hat es in sich: Vermögen von über einer Million Euro sollen belastet werden, also auch Betriebsvermögen. Welcher Unternehmer das Geld nicht sofort auf den Tisch legen kann, muss 35 Prozent seines Gewinns dafür opfern – und das neben den regulären Steuern auf den Gewinn, wie Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer. Dann landen plötzlich zwei Drittel des Gewinns in der Staatskasse und das gefährdet Unternehmen in ihrer Substanz. Wenn Betriebe nicht aus dem Gewinn investieren können, weil das Geld an den Fiskus geht, stehen Hunderte von Betrieben und hunderttausende Arbeitsplätze auf dem Spiel. Nachstehendes Beispiel verdeutlicht, wie gefährlich diese Abgabe ist, vor allem deswegen, weil die Grünen kein Wort darüber verlieren, wie lange sie die Unternehmen auf diese Art drangsaliieren wollen.

Beispiel 3: XY GmbH mit Sitz in Kassel

	In Euro	In Prozent
Unternehmensgewinn	120.000 €	100
Körperschaftsteuer inkl. SolZ	18.990 €	15,83
Gewerbesteuer (Hebesatz 440 %)	18.480 €	15,40
Gewinn nach Steuern ohne Vermögensabgabe	82.530 €	68,77
Vermögensabgabe	42.000 €	35,00
Gewinn nach Steuern mit Vermögensabgabe	40.530 €	33,77

Gewerbesteuer für Freiberufler – Hebammen und Physiotherapeuten zur Kasse bitte

Und auch die Pläne der Grünen für eine Ausweitung der Gewerbesteuer führen klar vor Augen, dass sie keinen Sinn für diejenigen haben, die hart arbeiten, um Arbeitsplätze zu schaffen oder sich eine Existenz aufzubauen. Die Gewerbesteuer soll nämlich auch auf die freien Berufe ausgeweitet werden. Das sind, wie viele von Ihnen sicherlich wissen, Rechtsanwälte, Architekten, Steuerberater und Ärzte. Aber wussten Sie, dass davon auch Physiotherapeuten und Hebammen betroffen wären? Sie dürfen dann in Zukunft neben der Einkommensteuererklärung auch eine Gewerbesteuererklärung machen. Die Steuer an sich können sie sich zwar bei der Einkommensteuer anrechnen. Das wirkt aber nur bis zu einem Hebesatz von 380 Prozent. Hat die Kommune einen höheren Hebesatz, schlägt das voll auf das Einkommen durch. Frankfurt zum Beispiel hat einen Hebesatz von 460 Prozent und in Kassel liegt er bei 440 Prozent.

Musterbeispiel zeigt: Alles in Allem drohen 3.789 Euro Mehrbelastung

Und nun legen wir all diese Vorhaben mal übereinander und beschäftigen uns mit einem konkreten Fall (siehe Beispiel 4). Eine Ehepaar aus Frankfurt (Hebesatz der Gewerbesteuer 460 Prozent) hat zwei Kinder. Ein Ehepartner ist Freiberufler und verdient 65.000 Euro pro Jahr. Der Partner hat sich entschieden, mehr Zeit für die Familie zu haben, arbeitet in Teilzeit und bringt 25.000 Euro pro Jahr nach Hause. Daneben hat die Familie ein Sparvertrag und erzielt 2.000 Euro Kapitalerträge im Jahr. Also: 80.000 Euro Einkommen, 2.000 Euro Kapitalerträge.

Beispiel 4: Ein Ehepaar aus Frankfurt mit zwei Kindern

	Geltendes Recht	SPD	Grüne
Gesamtbetrag der Einkünfte	87.000 €	87.000 €	87.000 €
Einkommensteuer	14.804 €	21.803 €	22.525 €
Kindergeldzahlung	- 4.416 €	- 4.416 €	- 6.308 €
Günstigerprüfung Kindergeld	4.416 €	0 €	0 €
Anrechnung Gewerbesteuer	0 €	- 5.387 €	- 5.387 €
Steuerschuld Einkommensteuer	14.804 €	12.000 €	10.830 €
Solidaritätszuschlag	814 €	739 €	943 €
Abgeltungssteuer inkl. SolZ (bei Grünen in ESt bereits enthalten)	528 €	675 €	0 €
Gewerbesteuer	0 €	6.521 €	6.521 €
Steuerbelastung insgesamt	16.146 €	19.935 €	18.294 €
Steuermehrbelastung ggü. geltendem Recht	---	+ 3.789 €	+ 2.148 €

Durch die Abschaffung des Ehegattensplittings, der Ausweitung der Gewerbesteuer und den Änderungen bei der Abgeltungsteuer hat diese Familie mit grüner Steuerpolitik am Ende des Jahres 2.148 Euro Mehrbelastung. Das sind 179 Euro pro Monat. Die SPD-Vorschläge allein kommen die Familie sogar noch teurer: 3.789 Euro pro Jahr, oder 315 Euro pro Monat hat die Familie weniger zur Verfügung. So ruiniert man die Leistungsträger unserer Gesellschaft. Für die Umverteilungswut von Rot-Grün wird am Ende nichts mehr übrig sein, weil sie die finanzielle Grundlage für Arbeit, Leistung und Erfolg zerstört haben.

Wie abwegig diese Forderungen sind, erkennt man an den Reaktionen in der Presse in den letzten Wochen. Die realitätsfernen Parteiprogrammatiker beschäftigen sich nicht mit den Gegebenheiten der Menschen vor Ort. Denn die Verantwortlichen an der Basis haben die Gefahr der Programme erkannt. Der grüne Oberbürgermeister in Tübingen Boris Palmer mahnte, mit dem Programm der Grünen wird die Schraube überdreht. Recht hat er. Nur wurde er dafür auf dem Parteitag ausgepiffen und niedergebuhrt.

Ich hoffe, ich habe Ihnen mit diesen Zahlen und Fakten darstellen können, was uns droht, wenn wir nicht konsequent für unsere Ideen werben und den Menschen zeigen, was rot-grüne Politik konkret im Lebensalltag bedeutet. Ich habe mich hier auf die Pläne zur Steuerpolitik beschränkt, aber wie Sie an der Einleitung dieses Briefes vielleicht gemerkt haben, gibt es noch zig Beispiele, wo SPD und Grüne Freiheit beschränken und Menschen bevormunden wollen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Thomas Schäfer
Staatsminister